

INTERNACIONALES | PERU

# Aufstand der Niemande



PERU

# AUFSTAND DER NIEMANDE

*Letzten Dezember wurde der Präsident Perus, Pedro Castillo seines Amtes enthoben und verhaftet. Das hat im Land eine Protestwelle ausgelöst, die sich vor allem in den armen Regionen ausbreitete und im Januar in die Hauptstadt Lima rollte. Die Wut über Jahrzehnte der Unterdrückung bricht sich Bahn. Ein Augenzeugenbericht*

VON VERONIKA HILMER

**I**n der historischen Altstadt auf dem Platz mit der typischen Grünanlage in der Mitte versammeln sich Aktivist:innengruppen, Demonstranten und Streikende. Peruanische und auch internationale Pressevertreter:innen stehen auf dem Platz. An den Rändern des Platzes sind Essenstände aufgebaut, Hähnchen oder Fisch mit Pommes brutzeln vor sich hin, oder es wird Fleisch-Eintopf mit Reis angeboten, alles für umgerechnet Euro 2,50 pro Portion. Andere verkaufen peruanische Nationalfahnen oder die Wiphala, die bunte Fahne der Ureinwohner der Anden – die meisten tragen sie auf den Protesten als Umhang oder schwenken sie. Die Nationalfahnen werden auch in schwarz-weiß statt rot-weiß getragen, um auf die von Polizei und Militär getöteten Demonstranten seit Dezember hinzuweisen.

Die Protestierenden singen die Protesthymne »Quantos muertos quieres para que renunciés? Dina asesina el pueblo te repudia! Sueldos millonarios para los corruptos, balas y misiles para nuestro pueblo!« (Wie viele Tote willst du, damit du zurücktrittst? Dina, Mörderin, das Volk lehnt dich ab! Millionengehälter für die Korrupten, Kugeln und Raketen für unser Volk!).

Einige Demonstrationen kommen aus den armen Randbezirken und sind bereits mehrere Stunden gelaufen, um sich auf der Plaza zu treffen. Die meisten haben die Strapazen einer sehr langen Busfahrt auf sich genommen, um sich hier in der Hauptstadt Lima Gehör zu verschaffen, vor allem aus den Süden, darunter die ärmsten Regionen Perus, wie Ayacucho, Puno, Cuzco (wo über 80 – 90 Prozent demn abgesetzten Präsidenten Pedro Castillo gewählt hatten), oder Apurímac, Madre de Dios, Ica, aber auch aus Cajamarca und Ancash aus dem Norden.

## DIE ARMEN VOM LAND PROTESTIEREN IN DER HAUPTSTADT

Es haben sich Gruppen von Protestierenden gebildet, die im Kreis stehend diskutieren, während die Redner:innen in der Mitte der Kreise leidenschaftlich ihre Forderungen ins Megaphon rufen und ihren Unmut erklären. Pressevertreter:innen filmen, während ein Journalist an eine Menschentraube Fragen stellt und die Protestierenden abwechselnd zu Wort kommen. Eine Frau mit Kind



© Veronika Hilmer

in der Hand spricht wütend und bestimmt in die Kamera, ein Mann mit Strohhut zählt enthusiastisch alle Forderungen der Bewegung auf. Darauf, dass Peru eine Diktatur ist, wird beständig in Chören auf den Demonstrationen und Plätzen hingewiesen. »Abajo la dictadura!« (Weg mit der Diktatur), »Esta democracia ya no es democracia!« (Diese Demokratie ist keine mehr).

Der zweite wichtige Knotenpunkt der Proteste ist die Plaza Dos de Mayo. Auch hier münden die Demozüge und versammeln sich die Leute. Obwohl schon mehrheitlich männlich gelesene Menschen auf den Demos und Versammlungen anzutreffen sind, da viele Frauen den Hauptanteil der Reproduktionsarbeit übernehmen, finden sich viele Frauen, manche mit ihren Kindern und weibliche Rednerinnen mit Megaphonen.

Ich unterhalte mich mit einem Aktivist, dessen Cousin Víctor Raúl Santisteban Yacsavilca am Tag zuvor in Lima auf der Straße von der Polizei erschossen wurde – durch ein spezifisches Tränengasprojektil im Kopf. Er ist traurig, wirkt aber gefasst und bereit für die Proteste,

# NO SOY TERRUCO!



ausgestattet mit Wasser gegen das Tränengas und einem Bauarbeiterhelm, den hier viele zum Schutz tragen. Sein Cousin ist der erste Tote in Lima, ein weiterer liegt noch im Koma. Trotz Lebensgefahr und Festnahmen gehen die Leute mit großer Überzeugung weiter auf die Straßen. Viele Tonnen Tränengas und einen Haufen Gummischrot und Schlagstöcke hat die Polizei in Lima schon gebraucht, gegen überwiegend friedliche Demonstranten.

Seit dem 19. Januar protestieren Menschen aus dem ganzen Land in Lima, der Hauptstadt von Peru. Die Demonstrationen gingen meistens durch das Zentrum, wo das Regierungsviertel ist, der Palacio de Justicia (Justizpalast, das Oberste Gericht von Peru) und zu den Ministerien, vorbei an heruntergekommenen Kolonialgebäuden. An den Stellen, wo die Policía Nacional de Perú (PNP) die Straßenzugänge zum Palacio Legislativo (Sitz des Kongresses) blockiert, kam es oft zu Ausschreitungen. Die neue Regierung von Dina Boluarte rief schon im Dezember für 30 Tage den Ausnahmezustand im ganzen Land aus. Nach anhaltenden Protesten wurde der Notstand im Januar wie-

derholt ausgerufen, und zwar in Lima, Callao, Cusco und Puno. In der Region mit dem aktivsten Kern der Proteste, in Puno, wurde sogar eine Ausgangssperre ab 20 bis 4 Uhr verhängt. Die Menschen protestierten weiter. Unter den Augen der internationalen Presse und dem Druck von außen, wurde es schwerer, hart durchzugreifen. Die Regierung ließ nicht lange mit Maßnahmen auf sich warten und verbot im ganzen Zentrum von Lima Versammlungen. Dies betrifft das Regierungsviertel und die zentralen Sammelpunkte der Proteste, die Plaza San Martín und die Plaza Dos de Mayo. Mit diesen Maßnahmen sollen systematisch die Strukturen der Bewegung zerstört und demokratische Rechte weiter eingeschränkt werden.

## DER AUFSTAND HAT TIEFE WURZELN

Die politische Krise in Peru hat vor allem folgende Ursachen: Die Macht einer Oligarchie, die mit Hilfe juristischer Mittel jegliches demokratische Handeln blockiert, ein zutiefst korruptes politisches System mit Verbindun-

gen zu Drogenkartellen, massive ökonomische Ungleichheit, ein stark verwurzelter Rassismus gegen die indigene Landbevölkerung und ein Militär, dessen Geschichte von Menschenrechtsverletzungen und exzessiver Gewalt durchzogen ist.

Peru ist eine Nation, die tief gespalten ist – zwischen Stadt und Land, zwischen Armut und Reichtum, Quechua und Spanisch, den ursprünglichen Bewohner:innen und weißen europäischen Nachkommen, zwischen traditionellen Kokablätter-Ritualen und Drogenhandel und zwischen den drei Regionen Wüste, Anden und Regenwald. Peru ist auch ein Land, das von der neoliberalen Ideologie durchdrungen ist. Sie beherrscht das politische Denken der Eliten sowie das alltägliche Leben. Abgesehen von einer links-autoritären Militärregierung, die unter Juan Velasco Alvarado zwischen 1968 bis 1975 die Staatsgeschäfte führte und progressive Reformen auf den Weg brachte, wurde Peru von rechten, neoliberalen Regierungen geführt.

## PERU IST SCHON LANGE POLITISCH INSTABIL

Die aktuelle Repräsentationskrise ist die Folge einer jahrelangen politischen Instabilität des Landes. Man kann Peru als »Failing State« bezeichnen oder laut einem Bericht der Zeitschrift »The Economist«, dem zufolge sich Peru in einen hybriden Staat gewandelt hat, als eine Kombination von demokratischen und autoritären Elementen.

In den letzten sieben Jahren kamen sechs Präsidenten an die Macht. Den Vorgängern wurde jeweils Korruption vorgeworfen. Einige wurden angeklagt oder sind im Gefängnis. So wurden in Peru in den letzten Jahren mehrere Präsidenten aus dem Amt gedrängt. Im Jahr 2020 waren es drei Präsidenten innerhalb von fünf Tagen.

Politiker, vor allem der herrschenden Elite, haben in den letzten Jahren fast durchgängig ihre Gegner durch dubiose Taktiken, Amtsenthebungsverfahren und gerichtliche Angriffe zu Fall gebracht und an der Regierungsarbeit behindert. Das politische System ist dysfunktional und betrifft mehrere gesellschaftliche Ebenen.

## PEDRO CASTILLO, PRÄSIDENT DER INDIGENEN CAMPESINOS

Pedro Castillo, ein indigener Grundschullehrer, Landwirt und Gewerkschafter aus der Stadt Chota in der Region Cajamarca in den nördlichen peruanischen Anden und Kandidat der linken Partei Perú Libre (Freies Peru), wurde nach erfolgreicher Wahl im Juli 2021 als neuer Präsident Perus vereidigt. Mit seinem Slogan »Keine Armen mehr in einem reichen Land!« und einem Wahlkampf für eine gerechtere Verteilung des Ressourcenreichtums, Zugang zu guter Bildung und Gesundheitsversorgung entfachte er eine große Wirkung vor allem auf die armen und abgehängten Einwohner:innen der Anden und des Amazonas, und kam als unbekannter Politiker in sein Amt.

Kritik bekam er – außer von rechtskonservativer und ultrarechter Seite – auch von Linksliberalen und LGBTQI-Aktivist:innen, da er ein klassisches Familienbild vertritt, sich kritisch gegenüber gleichgeschlechtlicher Ehe äußerte und feministische Forderungen nicht in seine Agenda integrierte, was auch an seinem evangelikalen Hintergrund liegt. Dazu verdeutlichte er, dass einige der von seinen

Gegner:innen kritisch gesehenen Einstellungen in einer neuen Verfassung demokratisch geklärt werden sollten.

Castillos politische Erfahrung war vor allem eine gewerkschaftliche. So hatte er einige Jahre zuvor einen großen Streik von Lehrer:innen geführt und eine Lehrer:innengewerkschaft gegründet.

## DIE ULTRARECHTE ELITE DOMINIERT DEN KONGRESS

Der Kongress wird dominiert von einer rechtskonservativen, neoliberalen Elite um Keiko Fujimori von der Partei Fuerza Popular (Volksmacht), die Tochter des ehemali-



© Veronika Hillmer

gen Diktators Alberto Fujimori, die mit anderen kleineren rechten Parteien zusammenarbeitet. Keiko Fujimori wird von der alternativen Presse der extremen Rechten zugeordnet (in Peru nennt man diese die Ultrarechte, la ultraderecha). Sie führt die Familiendynastie weiter und war Pedro Castillo in den Wahlen 2021 nur knapp unterlegen. Ihre Wahlkampagnen werden von der weißen Wirtschaftselite finanziell unterstützt. So erhielt sie beispielsweise laut dem Leiter der größten peruanischen Bank Banco de Crédito 3,6 Millionen Dollar für ihren Wahlkampf 2011.

Nach der Wahl 2021 versuchte sie erfolglos mit ihren Anwälten das Wahlergebnis anzufechten und 200.000 Stimmen Castillos zu annullieren, obwohl sie von unabhängigen internationalen Wahlbeobachtern der OEA (Organización de los Estados Americanos, Organisation der amerikanischen Staaten) und anderen unabhängigen Wahlbeobachtern als legitime Wahl anerkannt war und es keine Beweise für Betrug gab.

Das ist nur ein Beispiel für die politische Angriffe, denen Castillo schon seit seiner Wahlkampagne ausgesetzt war. In einem Interview beklagt er, dass es in Peru keine rechtliche, politische oder zivile Sicherheit gibt und beschreibt, welchem Rassismus seine Familie ausgesetzt war, z.B. wie sich das bürgerliche Umfeld in Lima über die andinen Wurzeln seiner Familie, ihre Kleidung und ihre Art zu sprechen lustig machte. Der Bürgermeister von Lima, ein rechtskonservativer Geschäftsmann, rief sogar öffentlich zum Tod von Castillo auf.

# DER AUFSTAND HAT TIEFE WURZELN





---

## **DIE RECHTE OPPOSITION GREIFT PERMANENT AN**

Die politische und ökonomische Elite, die in Lima regiert, verfügt über ein Netzwerk aus Juristen und Journalisten, die für sie arbeiten und die alle großen Medien dominieren, vor allem das nationale Fernsehen.

Im Parlament war Castillo einem Haifischbecken an sehr erfahrenen politischen Opponent:innen ausgesetzt, die nur darauf warteten, dass er einen Fehler machte, um ihn abzusetzen. Die Elite Perus wollte nicht zulassen, dass ein indigener Lehrer vom Land Präsident wurde und

ihre Macht bedrohte. Dazu kam, dass Castillo und seine Familie permanent Erniedrigungen und rassistischen Beleidigungen der Monopolpresse – vor allem im Fernsehen – ausgesetzt waren, weshalb er nur noch alternativen, differenzierteren Medien Interviews gab.

Die vom Ukrainekrieg ausgelöste Inflation und die dadurch gestiegenen Kraftstoff- und Düngemittelpreise verstärkten die politischen Spannungen und so kam es 2022 schon zu sozialen Unruhen. Letztendlich war Castillos Amtszeit geprägt von der jahrelangen Repräsentationskrise in Peru, die sein Kabinett zusätzlich destabilisierte.



© Veronika Hlimer

## KORRUPTIONSANKLAGEN PRÄGEN CASTILLOS AMTSZEIT

Das politische Establishment um Keiko Fujimori blockierte durch ihre Mehrheit im Kongress nicht nur jeden Versuch von Castillo, irgendeine Reform auf den Weg zu bringen, sondern versuchte ihn mit allen verfügbaren Mitteln anzugreifen. Während seiner Amtszeit kam es beispielsweise zu Anklagen der Staatsanwaltschaft gegen den Präsidenten und seine Minister:innen, in denen in mehreren Fällen wegen Korruption und Vetternwirtschaft ermittelt wurde.

Korruption ist in Peru ein strukturelles Problem, jedoch hatten viele der Anklagen kaum Substanz und dienten der politischen Diffamierung. Kritiker:innen beklagten schon seit langem eine Verflechtung von Politik und dem bestechlichen Justizapparat. Gegen Keiko Fujimori und weitere Parteimitglieder liefen wiederholt Verfahren wegen Korruption, aus denen sie kurioserweise immer herauskommt.

Ihr Vater Alberto Fujimori wurde vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt. Er musste, nachdem er einige Jahre nach Japan ins Exil geflohen war, eine lange Haftstrafe wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit antreten, u.a. wegen des Einsatzes von To-desschwadronen im Kampf gegen den maoistischen Sendero Luminoso (Leuchtenden Pfad) in den 90er Jahren. Er sitzt seitdem als einziger Insasse in einem Spezialgefängnis in Lima mit mehreren Angestellten und Privilegien.

Die politische Elite legitimiert ihre Macht durch eine Verfassung, die von 1993 aus der Fujimori-Diktatur stammt. Auf Basis dieser Verfassung kann gegen jeden politischen Opponenten wegen moralischer Unfähigkeit (Incapacidad moral) juristisch Anklage erhoben werden – ein Vorwurf, den man in viele Richtungen auslegen kann. Jedoch auch ohne diese Klausel findet die Machtelite einen Weg, ungeliebte Politiker von der politischen Bühne zu drängen. Die aktuelle Verfassung ist deshalb auch sehr tendenziös, da sie die juristische Grundlage zum Abschluss marktliberaler Verträge zugunsten multinationaler Konzerne liefert.

## WECHSEL IM KABINETT GEHEN ZU LASTEN POLITISCHER INHALTE

Die Präsidentschaft von Castillo wurde durch die Instabilität seines Kabinetts und die rechte Opposition sehr erschwert. Es gab über siebenzig Kabinettsänderungen durch Rücktritte einzelner Mitglieder:innen. In den 18 Monaten seiner Amtszeit hatte Castillo fünf Premierminister. Einer seiner Premierminister trat wegen eines Korruptions-Geständnisses zurück, was die deutliche Zustimmung Castillos fand.

Während seiner Amtszeit beklagten einige seiner Minister:innen die schwierige Zusammenarbeit mit dem Staatsoberhaupt und kritisierten eine ihn umgebende Gruppe an intransparenten Beratern, die anscheinend in fragwürdige Geschäfte, u.a. mit der Polizei verwickelt waren. Dazu kam ein Machtkampf innerhalb seiner Partei Perú Libre, der schon vor seinem Amtseintritt begann, infolge dessen er aus dieser austrat.

Die ständigen Ministerwechsel gingen oft auf Kosten der politischen Inhalte und progressiveren Kräfte, die oft von konservativeren ersetzt wurden. Einige dieser Entscheidungen können auch als Zugeständnisse Castillos an die politische Rechte gedeutet werden. Insgesamt war der Kongress ein Minenfeld für den linken Präsidenten und der politische Druck von rechts – von Justiz, Parlament und Presse – enorm.

Die Vorsitzende der linksliberalen Partei Nuevo Perú (Neues Peru), Verónica Mendoza, schrieb Anfang 2022 zu den Auseinandersetzungen im Parlament: »Leider haben wir den Kampf am Ende verloren. Die neoliberale Erpressung, der Druck des Konservatismus, des Opportunismus, der Informalität und der Unternehmensinteressen haben

sich durchgesetzt (...).«ii Im August 2022 wurde das sechste Ermittlungsverfahren gegen Pedro Castillo wegen Korruption durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet. Zuvor hatte die Opposition in seiner einjährigen Amtszeit zweimal versucht, ihn des Amtes zu entheben – wegen moralischer Unfähigkeit.

Zwei Monate später reichte die Generalstaatsanwaltschaft des Landes wieder eine Verfassungsklage wegen Korruption ein. Die Verfassungsbeschwerde ist eine Möglichkeit, den Präsidenten abzusetzen, da Präsidenten während ihrer Amtszeit Immunität vor Strafverfolgung genießen – außer bei Hochverrat, Auflösung des Kongresses oder Verhinderung von Wahlen.

Der Präsident, der bereits vom Kongress des Landesverrats beschuldigt wurde, musste sich diesmal gegen den Vorwurf verteidigen, eine kriminelle Vereinigung zu leiten. Er bekräftigte, dass er politisch verfolgt werde und es sich um falsche Anschuldigungen der Opposition handle.

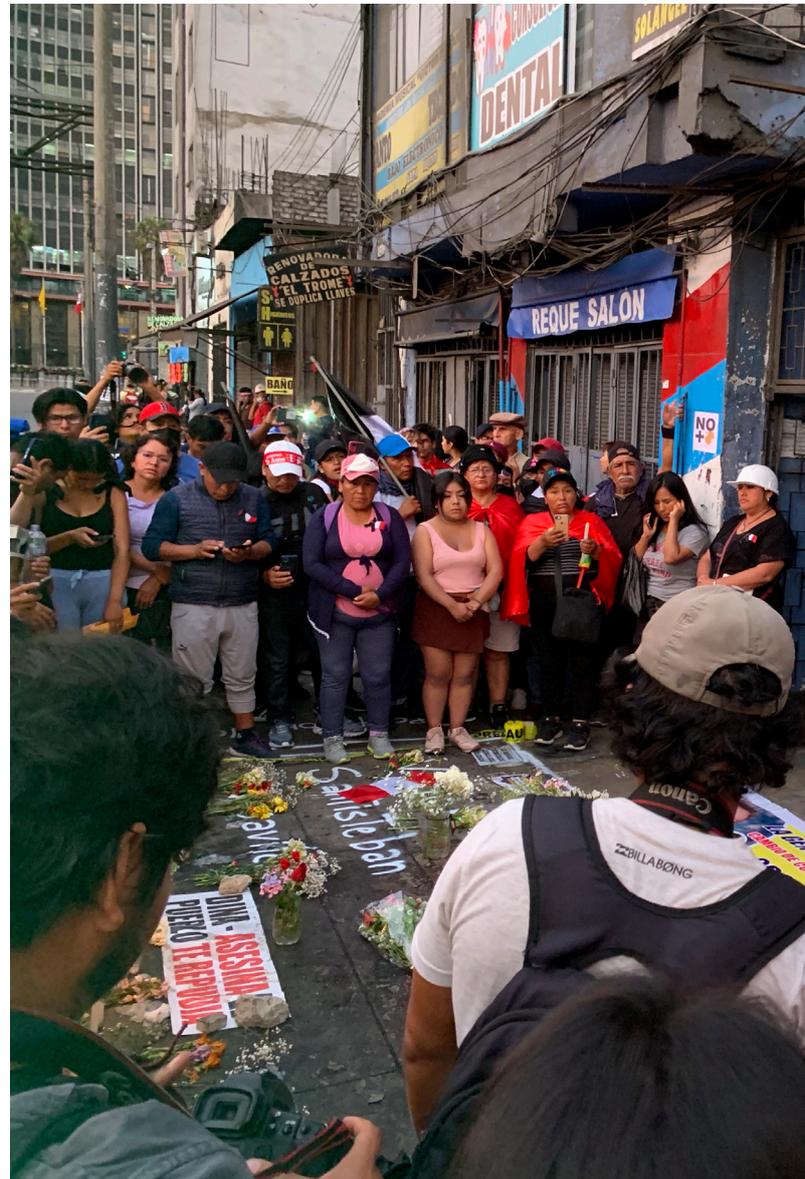
## DER PRÄSIDENT WIRD ABGESETZT UND VERHAFTET

Für die zwei vorangegangenen Amtsenthebungsverfahren hatten die Stimmen der rechten Parteien im Kongress nicht ausgereicht, doch für die Suspendierung des Präsidenten durch die Verfassungsklage waren weniger Stimmen im Parlament nötig und es schien dadurch wahrscheinlicher, dass seine Gegner:innen eine Entmachtung erreichen würden. Der Justizapparat hatte zuvor verhindert, dass Castillo ein nicht bindendes Referendum darüber abhalten konnte, ob die Bürger:innen Perus der Ausarbeitung einer neuen Verfassung zustimmten.

Am 7. Dezember 2022, dem Tag der Abstimmung über das dritte Amtsenthebungsverfahren, rief Castillo vorher in einer Erklärung im nationalen Fernsehen nervös den Ausnahmezustand aus und kündigte an, er wolle den Kongress auflösen und durch eine »außerordentliche Notstandsregierung« ersetzen: »Als Antwort auf die Forderungen der Bürger in allen Teilen des Landes haben wir beschlossen, eine Ausnahmeregierung einzusetzen, deren Ziel die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist.«

Er bekräftigte, dass innerhalb von höchstens neun Monaten »ein neuer Kongress mit konstituierenden Befugnissen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung« einberufen werden würde. Das sind im Kern zwei der Hauptforderungen der aktuellen Bewegung. Doch der Inhalt des politischen Projekts, die Ziele der Forderungen in der Ansprache des Präsidenten, wurden vom Kongress ignoriert. Vielmehr sah die Mehrheit die Möglichkeit, ihn schnell zu entmachten. Das Staatsoberhaupt wurde in einer vom Kongress einberufenen Dringlichkeitssitzung in einem neuen, also vierten, Amtsenthebungsverfahren abgesetzt.

Die Generalstaatsanwaltschaft beschuldigte den Präsidenten Castillo des Verstößes gegen die verfassungsmäßige Ordnung und der Rebellion. Mehrere Minister traten in kurzer Zeit zurück. Die Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens wird momentan angezweifelt. Laut des Anwalts und Ex-Premierministers von Castillo, Aníbal Torres, ist diese Abstimmung verfassungswidrig gewesen und hatte nicht die nötige Mehrheit. Castillo wurde auf dem Weg zur mexikanischen Botschaft, die seiner Familie politisches Asyl



zugesagt hatte, von der Polizei »provisorisch« verhaftet. Die rechtsfreie und gewaltvolle Art der Verhaftung und die Gefängnishaft selbst, mit dem wochenlangen Verbot, seine Familie zu kontaktieren, wird von Menschenrechtler:innen und dem Interamerikanischen Gerichtshof kritisiert. Die Absetzung war auf die eine oder andere Weise nur eine Frage der Zeit.

## EIN STAATSTREICH, ABER VON WEM?

Die rechte Presse einigte sich auf die Erzählung eines Staatsstreichs durch Castillo. Doch es gibt auch andere Versionen der Erzählung. Der Präsident von Mexiko, Andrés Manuel López Obrador, der schon während der gesamten Amtszeit die Demütigungen und Angriffe gegen Castillo kritisierte, bezeichnet die Absetzung als unrechtmäßig und als Putsch der Rechten gegen den Präsidenten.

Ferner traf sich die US-Botschafterin in Peru und ex-CIA-Agentin Lisa Kenna einen Tag vor Castillos Absetzung mit dem peruanischen Verteidigungsminister, der die Verhaftung Castillos anordnete. Für viele Linke und alternative Medien in Peru war dieses Vorgehen eindeutig ein Regimewechsel.



© Veronika Hilmer

Castillo wird von einem juristischen Team aus Peru und mittlerweile auch einem argentinischen Anwaltsteam rechtlich verteidigt. Die Verhaftung des Präsidenten und die Menschenrechtsverletzungen während der Proteste wurden von mehreren Regierungen in Südamerika, u.a. von Mexiko, Kolumbien, Bolivien, Argentinien, Honduras und Chile verurteilt. Die nicht demokratisch gewählte Präsidentin Perus, Dina Boluarte, und ihre Regierung wird aktuell von der Hälfte der Präsidenten lateinamerikanischer Staaten abgelehnt.

## US-UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE NICHT GEWÄHLTE REGIERUNG

Noch am Tag der Verhaftung Castillos wurde die Vizepräsidentin Dina Boluarte, eine 60-jährige Anwältin, als erstes weibliches Staatsoberhaupt vereidigt, um in der restlichen Amtszeit bis Juli 2026 zu regieren. Am 13. Dezember traf US-Botschafterin Kenna sich mit Boluarte, wobei sie einerseits US-Unterstützung versicherte und andererseits die »Maßnahmen der verfassungsmäßigen Regierung zur Stabilisierung der sozialen Lage« iii unterstützte.

Dina Boluarte wird vorgeworfen, einen Pakt mit der rechten Opposition eingegangen zu haben. Sie hatte sich erst kürzlich zu einem langen und geheimen Gespräch mit der zentralen Führungsfigur der Rechten im Kongress, Keiko Fujimori getroffen. Laut Umfragen hat Boluarte unter 10 Prozent, also kaum Rückhalt in der Bevölkerung, so auch der unbeliebte Kongress.

In einem Interview, dass Castillo kürzlich der spanischen Zeitung »El Salto« aus dem Gefängnis gab, bekräftigt er, dass seine engsten Vertrauten überrascht waren von seiner Absicht, den Kongress aufzulösen und eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.

Er sagte darüber: »Es war ein Tag, um den »Niemanden« einen Widerhall zu geben. Ich habe die Fahne der verfassungsgebenden Volksversammlung hochgehalten und meine Rede in Erinnerung und Treue zu den Menschen gehalten, die mich gewählt und die mir vertraut haben. Es war eine Bekräftigung meinerseits. Ich wollte der politischen Klasse zu verstehen geben, dass die Volksmacht der höchste Ausdruck der Gesellschaft ist. Ich wollte den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtgruppen nicht gehorchen. Ich wollte das Volk über alles andere stellen.«

## DIE INDIGENE BEVÖLKERUNG WEHRT SICH GEGEN DEN PUTSCH

Die Protestwelle ging nach der Verhaftung Castillos in den großen ländlichen, andinen Regionen im Süden des Landes los, wo der Großteil der Quechua und Aymara sprechenden Bevölkerung lebt. In Peru werden über 40 verschiedene Sprachen gesprochen. Ihre Gemeinschaften verteilen sich aufs gesamte Land, von der Küste über die Berge bis in den Amazonas. Die Unruhen weiteten sich über Wochen aus, und seit Mitte Januar kommen fast jeden Tag Demonstrant:innen aus dem ganzen Land nach Lima, um, wie sie sagen, Lima einzunehmen (La Toma de Lima).

Für die indigene Bevölkerung, die in der Person Castillos zum ersten Mal einen Repräsentanten ihresgleichen an der Regierung sah, hat die dominante, politische Klasse in Lima mit der Absetzung des Präsidenten einen von ihnen aus der Provinz und damit sie alle erniedrigt. Der Höhepunkt einer Geschichte von jahrzehntelanger Diskriminierung, Klassismus und strukturellem Rassismus.

Tausende gingen in den Regionen Apurímac, Ayacucho, Puno und Cuzco auf die Straße, blockierten wichtige Zufahrten und der Handel war teilweise ausgesetzt. Die Demonstrierenden fordern den sofortigen Rücktritt der Interimspräsidentin Boluarte, die Freilassung des inhaftierten Präsidenten, die Auflösung des Kongresses, sofortige Neuwahlen und eine verfassungsgebende Versammlung, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll – mit anschließendem Referendum. Viele fordern die Wiedereinsetzung des demokratisch gewählten Präsidenten Pedro Castillo.

Die neue Regierung verhängte am 14. Dezember im ganzen Land für 30 Tage den Ausnahmezustand. Die Protestierenden ließen sich nicht aufhalten und gingen trotzdem überwiegend friedlich auf die Straßen. Dabei setzte die Regierung um Boluarte zur Unterstützung der PNP gezielt das Militär ein und gab die Befugnis, Feuerwaffen einzusetzen. Es kam in den Auseinandersetzungen während der Proteste in den Regionen zu mehreren Toten und zu

hundertern von rechtswidrigen Festnahmen. Beispielsweise wurde eine Aktivistin aus Andahuaylas, Yaneth Navarro Flor, mit 1916 Soles (ca. 500 Euro) Spenden in ihrem Rucksack zur Versorgung der Protestierenden festgenommen, angezeigt und auf 30 Monate Haft verurteilt, wegen angeblicher krimineller Vereinigung und der Finanzierung regierungsfeindlicher Proteste.

## REGIERUNG RICHTET MASSAKER IN AYACUCHO UND PUNO AN

In mehreren Regionen des Landes kam es zu tödlichen Auseinandersetzungen mit den Streitkräften. Die ersten Toten gab es in der Region Apurímac im Dezember, doch auch kürzlich kam es dort und in anderen Orten wiederholt zu ähnlichen Vorfällen.

Die tödlichsten Massaker an einem Tag ereigneten sich in den Südregionen Ayacucho und Puno. Bei dem Versuch, den Flughafen einzunehmen, starben durch Feuerwaffen am 15. Dezember mindestens zehn Menschen in der Stadt Huamanga in der Region Ayacucho, wo die Regierung während der Proteste insgesamt fast 400 Militärsoldaten der Anti-Terror-Einheit einsetzte.

In der Region Puno, in der Hauptstadt Juliaca, waren die Proteste am 9. Januar friedlich, bis 9000 Demonstranten versuchten, auf das Flughafengelände zu kommen, um es zu besetzen und das Militär den Befehl erhielt, Feuerwaffen einzusetzen, und anfang in die Menge zu schießen. Dabei kamen 18 Zivilisten ums Leben, die höchste Zahl an Toten an einem Tag.

In beiden Fällen wurde den Opfern unter den Demonstranten gezielt in Thorax, Abdomen und Kopf geschossen. In den Gefechten mit der Bevölkerung wurden auch Unbeteiligte tödlich getroffen, so in Juliaca u.a. eine 17-jährige Studentin, die auf dem Weg zum Markt war, und ein Medizinstudent, der dabei war, Verwundete zu versorgen.

Die Leitung der regionalen Staatsanwaltschaft in Ayacucho, spezialisiert auf Menschenrechte, hat Beweise gesammelt und Ermittlungen gegen die Beteiligten aus Polizei und Militär eingeleitet, was jedoch eine große Ausnahme darstellt. Es ist eher das Gegenteil der Fall. Auf nationaler Ebene hat die Generalstaatsanwaltschaft die Morde in Puno und Ayacucho als Folge von organisiertem Verbrechen wie Drogenhandel und Terrorismus verortet und versucht offenbar, Untersuchungen zu behindern, die die Geschehnisse mit Menschenrechtsbrüchen in Verbindung bringen.

Noch vor der Untersuchung des Instituts für Gerichtsmedizin des Ministeriums für Öffentliche Angelegenheiten, wo die Herkunft der tödlichen Kugeln von Polizei und Militär in den Leichen nachgewiesen wurde, behauptete die Interimspräsidentin Boluarte vor der internationalen Presse, die Demonstrierenden hätten sich teilweise gegenseitig während der Proteste mit handgefertigten Waffen erschossen. Auf diese Weise versuchte die Regierung gezielt, das Blutbad in Ayacucho und in Puno vor der internationalen Öffentlichkeit zu vertuschen. Allein in Puno setzte Boluarte und ihre Regierung 500 Soldaten ein, um die Ordnung in der Region wiederherzustellen.

Bisher gab es in den Protesten mehr als 1500 Verwundete, darunter hunderte, die ihr Leben lang Traumata mit sich tragen werden oder durch die Verletzungen körper-

lich eingeschränkt sind. Organisationen wie Amnesty International, eine Delegation für internationale Menschenrechte aus Argentinien, aber auch die Nationale Menschenrechtsorganisation CNDDHH aus Peru (La Coordinadora Nacional de Derechos Humanos) haben mit Opfern und Augenzeugen gesprochen, die Geschehnisse untersucht und bisher mehrere schwere Menschenrechtsverletzungen feststellen können.

## DER VORWURF DES LINKEN TERRORISMUS

Die rechte Presse, d.h. alle großen Medien und die Regierung versuchen, die Proteste als mutmaßlich narko-terroristische Handlungen zu delegitimieren, vor allem die in den ländlichen Regionen. Der gängigste Vorwurf erschöpft



© Veronika Hilmer

sich darin, die Demonstrant:innen seien alle Terrucos – das umgangssprachliche Wort für Terroristen in Peru, mit dem Verb terruquear (terrorisieren) oder el terruqueo (der Terror).

Dieser Vorwurf seitens des Establishments hat in Peru einen Bezug zur eigenen Geschichte. Es wird unterstellt, die Proteste seien geführt von der ehemaligen linksterroristisch-maoistisch geprägten Organisation Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) um den Philosophieprofessor Abimael Guzmán oder vor ihrer Nachfolgeorganisation, der Partei Movadev (Movimiento por la Amnistía y los Derechos Fundamentales)iv, mit dem Ziel eines Putsches.

Der Leuchtende Pfad hatte während der 80er und 90er Jahre in den Anden einen Bürgerkrieg gegen den Staat und das Militär geführt. Er konnte einen Teil der andinen Landbevölkerung für das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft und den bewaffneten Kampf mobilisieren. In den Jahren der Gefechte mit den Soldaten starben insgesamt um die 70.000 Menschen, überwiegend indigene Bäuerinnen und Bauern und viele, die nicht direkt beteiligt waren. Aus dieser Zeit rührt der Vorwurf, ein Terruco, ein Linksterrorist zu sein, sobald man gegen den Staat demonstriert oder das System in Frage stellt.

Haltlose Gerüchte werden in den rechten Medien gestreut, z.B. dass Bolivien, grenzend an Puno, die Proteste mit Aktivist:innen und Munition unterstützt, was bisher aber nicht nachgewiesen werden konnte. Unter den Fest-



© Veronika Hilmer

genommenen befand sich bisher kein:e einzige:r Bolivianer:in. Diese Kriminalisierung der Proteste legitimiert den Einsatz von Feuerwaffen und die Brutalität der Polizei und des Militärs, die für ihre »immensen Opfer und ihre Professionalität« von Alberto Otárola, Vorsitzender des Ministerrats, sogar gelobt wurden. Für ihre Leistung und Treue erhalten die Streitkräfte von der Regierung seit den Unruhen großzügig Bonuszahlungen und Budgeterhöhungen.

In den großen Medien gibt es keine Meinungen, die den Status Quo in Frage stellen und stattdessen systematische Desinformation. Ein wichtiges Sprachrohr der Proteste sind deshalb die alternativen Medien und der Austausch der Aktivist:innen in den sozialen Medien. Es gibt einige wenige, differenziertere Zeitungen wie »Hildebrandt« und

alternative Medienkanäle, die u.a. auf Facebook, Youtube oder Twitter gesendet werden. Die Demonstrant:innen kommunizieren hauptsächlich über soziale Medien wie Tik Tok, Twitter, Whatsapp, Facebook und Youtube.

## **ORGANISIERUNG UND SOLIDARITÄTSSTRUKTUREN**

Die Bewegung baut zunehmend Solidaritätsstrukturen auf und konnte auch in Lima auf Hilfen bezüglich Versorgung und Unterkunft zurückgreifen. Die Demonstrant:innen, die weite Wege hinter sich haben, kommen in einem Netzwerk von Aktivist:innen, Freund:innen oder bei Verwandten unter, in günstigen Unterkünften und in kommu-

nalen Räumlichkeiten. Die meisten zahlen einen hohen Preis, wenn sie ihren Alltag hinter sich lassen und Lohnausfälle in Kauf nehmen.

In der staatlichen Universität San Marcos wurden hunderte Aktive untergebracht. Am 21. Januar wurde die Uni gewaltsam von der Polizei mit Tränengas gestürmt und 193 Aktivist:innen – viele Indigene – wurden von der Polizei gedemütigt und vorläufig festgenommen. Diese gewaltsame Räumung mobilisierte einige Studentenorganisationen, sich den Protesten anzuschließen und die Unterstützung für die Campesinos aus den ländlichen Regionen zu organisieren. Auf den Plätzen und den Demonstrationen verteilen Aktivist:innen aus Lima immer wieder Essen, Wasser und Hygieneartikel. Auf einer Demo fuhr ein Wagen nebenher, aus dem die Leute an die Protestierenden Obst verteilen.

In Lima haben sich außerdem Strukturen gebildet, um die Verwundeten auf den Protesten zu versorgen. Die medizinischen Brigaden (Brigadistas Medicas), denen ich mich anschloss, bestehen aus Krankenpfleger:innen, Ärzt:innen sowie Helfer:innen, die sich ehrenamtlich engagieren und neben den vorderen Protestreihen mitlaufen.

---

## MEDIZINISCHE FREIWILLIGE BEHANDELN DEMONSTRIERENDE

Der Arzt Antonio Quispe, Leiter der aktivsten Brigade »Brigada de Salud Hampi Camayoc«, erklärt, warum sich die Brigaden gebildet haben: Das Gesundheitsministerium hat die Behandlung von Protestierenden verboten. Der Einsatz von Rettungswagen wurde untersagt, und in den Krankenhäusern führt die Polizei Identitätskontrollen durch, so dass Verletzte der Proteste nicht behandelt werden. Zudem verweigert das medizinische Personal in den Gesundheitseinrichtungen selbst die Behandlung von Protestierenden.

Quispe sagt, das sei zudem eine Taktik, um die Statistik der Verletzten der Proteste niedrig zu halten. Die Verletzten gehen mit ihren oft lebensgefährlichen Verletzungen nach Hause. Die Brigaden haben keine Vorerfahrung in sozialen Protesten und schulen sich selbst – z.B. lernen sie, zügig zu handeln und zusammenzuhalten. Sie spezialisieren sich auf die häufigsten Verletzungen, wie die durch Tränengasbomben – von Verätzungen der Schleimhäute bis Kopfverletzungen der Tränengaskugeln, auf Kopfwunden von den Schlagstöcken und Einschusswunden von Gummischrot. In den ländlichen Regionen, wo es fehlende Strukturen gibt, ist es noch einfacher, die Morde zu vertuschen. Die Dunkelziffer der verletzten und getöteten Demonstrant:innen dürfte viel höher sein als in der offiziellen Statistik vorkommt.

---

## RECHTLICHE UNTERSTÜTZUNG DER BEWEGUNG

Neben den medizinischen Brigaden haben sich auch Anwaltsbrigaden organisiert, die sich rechtlich um Verhaftete kümmern und von der peruanischen Organisation Koordinierung der Nationalen Menschenrechte unterstützt werden (Coordinadora Nacional de Derechos Humanos CNDDHH). Die mutigsten sind jedoch wohl die Brigaden, die mit Wasserkanistern herumlaufen, um die Tränengas-

bomben so schnell wie möglich zu löschen. Die medizinischen Brigaden sind gut vernetzt mit den anderen Gruppen und arbeiten eng mit Letzteren zusammen. Sie gehen auch in die Gefängnisse und verteilen Essen an die verhafteten Aktivist:innen, die dort oft unterversorgt sind. In den Provinzen sind erst 1-2 Brigaden aktiv. Eine Delegation der medizinischen Brigaden ist aus Lima nach Puno gereist, um dort selbst eine Gruppe zu gründen und zu schulen.

In Lima und auf dem Land werden gezielt Infiltrados (Unterwanderer) in die Bewegung eingeschleust, die Namen an die Behörden weitergeben und Demonstrationen aufheizen, z.B. anfangen, Steine zu werfen, um Staatsgewalt zu legitimieren. Es gibt ein Video, das dokumentiert, wie einer medizinischen Brigadistin bei der Verhaftung in einer Menge von einem Polizisten im Tumult der Rucksack aufgemacht wird und eine weitere Person daraufhin einen Gegenstand hineinwirft. Dann wird sie verhaftet. Die Polizei findet so Beweismaterial für die Festnahme, doch die Videos sind eindeutig und finden viel Verbreitung. Es gibt auch eine Gruppe von Ultrarechten in Lima, die sich »La Résistencia« nennen und Demonstrant:innen angreifen. Die Polizei schaut bisher zu.

---

## ES BILDEN SICH NEUE ORGANISATIONEN

Im Süden wird bei den Demos mit viel mehr Härte eingegriffen und das Militär eingesetzt. Die Menschenleben der Indigenen sind der oberen Klasse schlichtweg einfach weniger wert. Auf den Protesten hört man immer öft das Wort »Genozid«, die Regierung »massakrierte« ihre eigene Bevölkerung.

Es gibt viele spontane Aktive, die sich langsam organisieren. Ein Teil ist in gewerkschaftlichen Gruppen, Bauerngewerkschaften und Bürgerorganisationen, Rondas Campesinas (= Bauernpatrouillen; selbstorganisierte, kommunale Sicherheitsstrukturen, die es schon seit den 80er Jahren gibt) und Studentenbewegungen organisiert. Eine zentrale Führung gibt es nicht, die Gruppen haben ihre regionalen Führungskräfte. Verschiedene politische Aktivistengruppen, Gewerkschaften wie die CGTPv (die größte allgemeine Gewerkschaft Perus), Bauernverbände und Studenten rufen wiederholt spontan zu Protesten auf. In der Dynamik des Protests bilden sich auch neue Formierungen.

Zum Beispiel fand eine Versammlung der provinziellen Verantwortlichen aus vielen Regionen statt. Sie bildeten auf der Plaza Dos de Mayo den Kollegialausschuss für den Nationalen Kampf (Comité Colegiado de Lucha Nacional) und hielten dort auch eine Pressekonferenz ab. Gleichzeitig wird die Demokratie landesweit immer weiter untergraben, durch die Kriminalisierung der Proteste und das Militär auf den Straßen.

An einem Protesttag auf der Plaza Dos de Mayo fragte ich einen Aktivist aus dem Amazonasgebiet in Madre de Dios, warum er hierhergekommen ist, er erklärt: »Wir kommen aus dem Nationalpark Manú, (...) einem Weltwunder. (...) Wie ist es möglich, dass die Regierung uns vergisst? Wir als Volk erhalten nichts, wir werden im Elend zurückgelassen, verlassene Straßen. (...) Deshalb kommen wir hier her, um alles einzufordern, aus dem tiefsten Dschungel! Wenn es keine Lösung gibt, gibt es keinen Zugang zum Manú!«

---

## ARMUT UND REICHTUM IN PERU

25-30 Prozent des Gesamteinkommens beansprucht das obere 1 Prozent des Landes. Nach aktuellen Daten der World Inequality Database (WID) ist Peru damit an 4. Stelle der Länder mit der größten Ungleichheit auf der Welt. Als eines der am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder konnte es sich bis jetzt kaum von der Rezession 2020 erholen, was die Bevölkerung in den letzten Jahren nur noch mehr in Armut stürzte.

Dazu kommt, dass es keine öffentlichen Vermögensdaten des Parlaments gibt, geschweige denn eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer. Beispielsweise bleiben offiziell von den bewilligten Mitteln des Haushalts viele Milliarden Soles (1 Euro sind ca. 4 Soles) von den Regierenden ungenutzt und fließen in unbekannte Kanäle.

Mit dem Anstieg der Inflation stiegen die Lebensmittelpreise und verschärften die Ernährungskrise, in der 16,6 Millionen Menschen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung – nicht genügend zu essen hat, also doppelt so viele wie vor der Pandemie. Der monatliche Mindestlohn in Peru beträgt etwas mehr als 1000 Soles. Professionelle wie Lehrer:innen und Krankenpfleger:innen müssen mit gerade mal 1500 Soles (ca. 375 Euro) auskommen, obwohl die Lebenshaltungskosten in Lima mit Berlin in vieler Hinsicht vergleichbar sind. Demgegenüber verdienen Kongressabgeordnete monatlich 15.000 Soles (ca. 3750 Euro).

Fast 13 Millionen Menschen, bald die Hälfte der gesamten Bevölkerung Perus, wohnt in Lima, und es werden immer mehr, die Stadt wächst jedes Jahr. Die Menschen sind gezwungen, in die Hauptstadt zu kommen, da sich die Infrastruktur des Landes hier konzentriert: die besten Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Arbeitsstellen. Wenn man irgendwie am Reichtum dieses Landes teilhaben will, muss man nach Lima ziehen.

Die Protestierenden sind überwiegend aus der indigenen Landbevölkerung, die von der Landwirtschaft, von Minenarbeit oder von anderen prekären Tätigkeiten im informellen Sektor versucht zu überleben.

Die Menschen, die den Großteil an Lebensmittel produzieren, verdienen daran kaum etwas. Es gibt keinerlei Preisgarantien für ihre Produktion und sie sind nicht geschützt vor Ausfall aufgrund von Umwelteinflüssen. Die marginalisierten Provinzen wollen endlich auch profitieren von der Förderung von Gas, Öl, Uran, Lithium, Kupfer und anderen Rohstoffen, die in ihren Regionen vorkommen. Sie kämpfen für ein Leben in Würde, sie wollen als gleichberechtigte Staatsbürger:innen anerkannt werden. Sie fühlen sich von den Regierenden in Lima vergessen und ignoriert, während ihre Lebenssituation immer prekärer wird.

---

## PERU – SCHRITTWEISE IN DIE DIKTATUR

Die Protestierenden haben für die Regierung nur noch einen Namen: Diktatur. Ein Kontinuum aus der Fujimori-Zeit, das durch die Repressionen jetzt wieder deutlich Formen annimmt. Menschenrechtsuntersuchungen werden behindert. Versammlungs- und Bewegungsfreiheit werden durch Ausnahmezustände immer weiter eingeschränkt. Die Verbrechen von Polizei und Militär werden nicht aufgeklärt. Stattdessen werden diese weiter gegen die Bewe-

gung eingesetzt. Seit dem 14. Februar werden per Dekret soziale Menschenrechtsorganisationen, Anwälte und kritische Journalisten an der Grenze aufgehalten. Im Parlament wurde indessen eine Initiative für die Kündigung der Amerikanischen Konvention eingebracht, und damit der Rückzug Perus aus dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR).

Der Kongress hat mehrmals Anträge auf vorgezogene Neuwahlen abgelehnt, obwohl selbst Dina Boluarte Neuwahlen für dieses Jahr – mit entsprechender Gesetzesinitiative – vorgeschlagen hat. Vorläufig vom Parlament gebilligt wurden vorgezogene Wahlen für April 2024. Dazu ist aber zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund der Unstimmigkeit mit der Verfassung eine zweite Abstimmung nötig, also ist nichts sicher. Solche Manöver machen die Demonstrierenden nur noch wütender, schließlich ist das ein Minimum ihrer Forderungen und damit noch lange nicht der Auftrag einer verfassungsgebenden Versammlung erfüllt. Die Unwilligkeit vieler Kongressmitglieder, Neuwahlen zuzustimmen, liegt auch an ihrer politischen Immunität und ihrem satten Gehalt, was sie nicht bereit sind aufzugeben.

Am 4. Februar verhängte die Regierung zum wiederholten Mal den Ausnahmezustand für 60 Tage, um in den sechs aufständischen Regionen des Südens Madre de Dios, Cusco, Apurímac, Arequipa, Moquegua, Tacna und Puno eine Reihe von Bürgerrechten wie die Versammlungs-, und Bewegungsfreiheit einzuschränken und neben der PNP das Militär einsetzen zu können. Der Bürgerkrieg zwischen dem Süden Perus und der Hauptstadt Lima hat noch lange kein Ende gefunden. Das Epizentrum Puno, das schon lange für soziale Gerechtigkeit in der Region kämpft, gibt trotz schwieriger Umstände wie zunehmender Steigerungen der Öl- und Lebensmittelpreise noch nicht auf. Die Einwohner:innen der regionalen Städte und dem Land haben sich in der Bewegung vereint und üben weiter zivilen Ungehorsam. Die Militarisierung zwang mehrere regionale Führungspersonlichkeiten, sich in Bolivien verdeckt in Sicherheit zu bringen. Spanien, Hauptlieferant von Waffen aus der EU an Peru, hat u.a. nach Aufforderung von Amnesty International mittlerweile die Lieferung von Ausrüstung, Waffen und Munition zur Bekämpfung von Ausschreitungen unterlassen.

---

## AUSBLICK

Peru hat eine gewaltvolle Geschichte, vom Genozid während der Spanischen Eroberung des Inkareiches, dem Aufzwingen des Katholizismus bis zur Unabhängigkeit und später zum brutalen Bürgerkrieg des Militärs gegen den Sendero Luminoso und seine Anhänger:innen in den Anden. Das alles wiegt schwer, so wie die Brutalität des Alltags in einem kapitalistischen System, wenn man nicht zu den Gewinnern gehört. Es muss hier postkolonial noch viel aufgearbeitet werden, vor allem braucht es Räume für einen differenzierten Austausch, die Analyse der Verhältnisse und die Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Die Abfälligkeit, mit der in Lima über die Proteste geredet wird, zeugt von einer tiefen Ignoranz gegenüber den Verhältnissen. Es ist tatsächlich schwer, in der Hauptstadt Zuspruch für die Bewegung zu finden. Der Großteil der Limeños – nicht nur die Oberschicht, sondern die gesamte schmale Mittelschicht, selbst der Teil, der an der Armuts-

grenze lebt – lehnt die Proteste ab. Sie neigen dazu, sich mit der elitären, weißen Wohlstandsklasse in Lima zu identifizieren anstatt mit dem Rest des Landes. Die verschiedenen Ethnien, deren Traditionen und die Menschen, die diese Kulturen verkörpern, werden scheinbar nur als touristische Attraktion geduldet. Niemals aber werden sie als politische Akteure der Gesellschaft gesehen, die mit der Elite an einem Tisch in Lima sitzen und die Geschäfte des Landes mitentscheiden kann.

Auf den Protesten sehe ich, wie die Leute kämpfen, manchen fehlen die Zähne, sie sehen müde aus. Das Land ist in Aufruhr, und es muss endlich auch in Peru, wie in anderen Teilen des Kontinents, zu radikalen Veränderungen kommen. Ich spüre die Dringlichkeit einer sozialen Revolution, die mir vorher in weiter Ferne schien.

Die Regierung präsentiert bis jetzt keine demokratische Lösung der politischen Krise. Anstatt nach über 70 Toten einen Dialog anzubieten, antwortet sie mit zunehmender Repression. Für die Bewegung gibt es wenige öffentliche Orte für Diskussionen, wie es weitergehen soll. Einer davon ist die Universität San Marcos. In der Veranstaltung Mesa Redonda: Crisis Política y Propuesta de Solución (Runder Tisch: Politische Krise und Lösungsvorschlag) wurde dort am 21. Februar u.a. mit den Ex-Ministern unter Castillo, Dr. Aníbal Torres und Dr. Héctor Béjar (Linke Ikone und ehemaliger Guerilla Kämpfer mit Che Guevara in Kuba und Peru in den 60ern) ein Aufschlag für einen Diskussionsprozess aus der politischen Krise für die peruanische Linke gemacht.

In einem überfüllten Vorlesungssaal mit vielen, die nicht mehr in den Saal kamen, nannte Torres vor den alternativen Medien unter großem Beifall noch einmal die dringlichsten Forderungen, die von über 400 Organisationen aus dem ländlichen Süden reklamiert werden: Die Restitution des Präsidenten Pedro Castillo, der entführt wurde. Alternativ dazu müsse die Linke auf vorgezogene Neuwahlen hinarbeiten, die Situation sei bis zum nächsten Wahltermin 2026 nicht tragbar. Wahlen 2023 sehe er fast als unmöglich an, in jedem Fall werde es frühestens 2024 zu Neuwahlen kommen, trotz fehlender eindeutiger Zustimmung des Parlaments.

Das Theater im Kongress gehe weiter, und die linken Parteien müssten sich jetzt auf Neuwahlen vorbereiten und auf fundamentale Punkte einigen, anstatt sich mit Verfassungsdiskussionen aufzuhalten, welche erst später in einem demokratischen Prozess von der verfassungsgebende Versammlung ausgearbeitet werden muss, bei dem ein möglichst großer Teil der Bevölkerung beteiligt ist.

Es wurde über die ökonomische Doktrin des Neoliberalismus und dessen Folgen gesprochen, die extreme Armut und Diskriminierung, die Ungerechtigkeit in der Justiz, die Campesinos, die ihre Rechte einfordern; die Opfer, die man im Kampf für die Freiheit bringen muss. Das Problem der Fragmentierung von politisch progressiven Kräften und Parteien solle überwunden werden. Besprochen wurden auch die Herausforderungen aufgrund des Macht-Vakuums. Es wurde erwähnt, dass es gute Führungskräfte in den einzelnen Gruppen und Regionen gibt, aber es an einer alle einende Kraft fehlt, die über diese Grenzen hinaus Forderungen zuspitzt und den Protest in die Institutionen tragen kann. Die Forderung eines plurinationalen Staats wurde ausgerufen, wo alle ethnischen Minderheiten wie die Quechua und Aymara etc. die gleichen Rechte

haben, deren Stimmen in der neuen Verfassung verankert werden müssen, da Peru ein pluri-ethnischer, ein pluri-kultureller Staat sei.

Es fehlt noch an konkreten Schritten, wie es weitergehen soll. Aníbal Torres rief dazu auf, gegen die Rechte im Kampf politische Einheit zu zeigen und sich nicht spalten zu lassen. Zum Schluss sang die Menge noch gemeinsam das berühmte Protestlied »El pueblo unido jamás será vencido!“ (Das geeinte Volk wird niemals besiegt werden) von Quilapayún und schloss damit den Kreis zum Aufstand der Niemande in Chile vor über 50 Jahren. ■

## WEITERLESEN

**Interview von El Salto mit Pedro Castillo aus dem Gefängnis auf Spanisch original:**

<https://www.elsaltodiario.com/peru/pedro-castillo-entrevista-exclusiva-carcel>

**Interview von El Salto mit Pedro Castillo auf Deutsch übersetzt Amerika21:**

<https://amerika21.de/analyse/262732/castillo-ich-bin-der-praesident-von-peru>

**Aufruf zum Streik und Artikel über die Rohstoffausbeutung Amerika21:**

<https://amerika21.de/2023/02/262688/peru-landesweiter-unbefristeter-streik>

<https://amerika21.de/audio/262683/neue-rohstoffe-alte-ausbeutungsmuster>

**Den Artikel kann ich empfehlen, über die politische Situation kurz nach Castillos Wahl der Informationsstelle Peru:**

<https://www.infostelle-peru.de/politik-und-demokratie/erst-banges-warten-dann-holpriger-start/>

**Interview mit Anahí Durand, ehemalige peruanische Ministerin für Frauen und vulnerable Bevölkerungsgruppen von Jacobin:**

<https://jacobin.de/artikel/die-bevoelkerung-perus-fordert-veraenderung-proteste-ausnahmestand-pedro-castillo-dina-boluarte/>

